

Aufstieg des Populismus in den USA & Europa: Erklärungen der Politikwissenschaftlerin Sheri Berman

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Wir freuen uns, eine wahre Wissenschaftlerin und Expertin zu Gast zu haben, die sich in ihrer Forschung und Lehre nicht nur mit der aktuellen EU-Politik, sondern auch mit der europäischen Geschichte in all ihren Facetten beschäftigt. Es handelt sich um Frau Professor Sheri Berman, eine Politikwissenschaftlerin an der Fakultät des Barnard College der Columbia University. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Europäische Geschichte und EU-Politik, die Entwicklung der Demokratie, Populismus und Faschismus sowie die Historie der Linken. Von 2009 bis 2012 und erneut im Herbst 2021 war Frau Professor Berman Vorsitzende des Barnard Political Science Department und Vorsitzende des Council on European Studies. Ihr jüngstes Buch trägt den Titel *Democracy and Dictatorship in Europe: From the Ancient Regime to the Present Day* (zu deutsch: Demokratie und Diktatur in Europa: Von der Antike bis zur Gegenwart), das 2019 erschien. Zudem ist sie die Autorin einer gestern veröffentlichten Stellungnahme mit dem Titel *How Serious is Europe's Anti-Democratic Threat?* (Wie ernst ist Europas antidemokratische Bedrohung?), die in Project Syndicate veröffentlicht wurde. Es liegt also auf der Hand, dass sie in einer ausgezeichneten Position ist, um uns beim Verständnis dieser Wahlen und der Dynamik, die zu den Ergebnissen geführt hat, zu helfen. Professor Berman, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für ein Gespräch mit uns genommen haben. Ich weiß, dass es viel Verwirrung und Ungewissheit in Bezug auf diese Wahl gibt, und wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind. Vielen Dank für Ihre Zeit.

Sheri Berman (SB): Mein Vergnügen.

GG: Lassen Sie mich mit folgender Frage beginnen. Offensichtlich gibt es viele Diskussionen über diese Wahl, viele Versuche, sie zu verstehen, aber gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung bei den EU-Parlamentswahlen notorisch gering, genau wie bei vielen Vorwahlen und Zwischenwahlen. Wie viel Bedeutung kann man Ihrer Meinung nach aus diesen Ergebnissen schöpfen?

SB: Das ist eine gute Frage, denn Sie haben Recht: Bis vor kurzem gingen bei diesen Wahlen viel weniger Wähler an die Urnen als bei nationalen Wahlen. Das beginnt sich zu ändern, und jeder, der die Nachrichten in Europa verfolgt hat, konnte feststellen, dass diesen Wahlen viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde als zuvor. Viel mehr Aufmerksamkeit in den Nachrichten und im Internet, viel mehr Diskussionen unter den Parteien selbst über die Wahl und ihre Folgen. Das hat sich also zu ändern begonnen. Und so sind diese Wahlen etwas anders als vorherige Wahlen. Und die Wahlbeteiligung ist etwas gestiegen. Ich glaube, es ist nicht mehr zutreffend, diese Wahlen von den nationalen Wahlen zu unterscheiden. Wie Sie schon bemerkten, ist es nicht mehr so, dass die Leute bei den Europawahlen oft auf die eine und bei den nationalen Wahlen auf die andere Weise wählen. Die gängige Meinung war, dass man bei den Europawahlen häufiger Proteststimmen sah, weil weniger auf dem Spiel stand, und auf nationaler Ebene gab es eher gemäßigte Stimmen. Das hat sich zu ändern begonnen. Ich denke also, dass diese Wahlergebnisse die öffentliche Meinung in den Ländern insgesamt nicht schlecht widerspiegeln.

GG: Einer der Punkte, auf den Sie in Ihrem Artikel, auf den ich gerade verwiesen habe, eingegangen sind, und ich sollte hinzufügen, dass es wichtig ist, den turbulenten Charakter dieser Ergebnisse nicht überzubewerten, da die Status-quo-Partei letztendlich eine Mehrheit erhalten hat, auch wenn es natürlich eine Menge Veränderungen gibt, aber sie haben unter anderem hervorgehoben, dass zumindest in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden diese Wahlergebnisse nicht unerwartet eintraten. Sie waren gewissermaßen Teil der Ereignisse, die ihnen vorausgingen und die man fast vorhersehen konnte. Und ich möchte nur diesen einen Absatz vorlesen, den Sie geschrieben haben, Zitat: „Rechtspopulistische Kräfte haben in den letzten Jahren in der Tat bemerkenswerte Erfolge erzielt. Im Jahr 2022 wurden die Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) zur größten Partei Italiens und brachten ihre Vorsitzende, Giorgia Meloni, ins Amt des Ministerpräsidenten. Die Schwedendemokraten sind zur zweitgrößten Partei des Landes aufgestiegen und haben nun eine dominierende Position in der rechten Regierung. In Frankreich hat Marine Le Pen von der National Rally ihr bisher bestes Ergebnis bei den Wahlen 2022 erzielt“. Und dann verweisen Sie auf den Sieg von Geert Wilder in den Niederlanden und den zweiten Platz der Finnen-Partei bei den finnischen Wahlen. Ich möchte gleich darauf eingehen, ob es in den einzelnen Ländern Unterschiede in der Dynamik gibt, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Aber bevor ich dazu komme, können Sie uns mitteilen, ob es Sorgen über die Einwanderung oder Sorgen über wirtschaftliche Schwierigkeiten oder eine allgemeine Feindseligkeit gegenüber der EU-Führung sind, die den Aufstieg dieses Rechtspopulismus vorantreiben, und worin sehen Sie die Ursachen?

SB: Ich möchte zuerst die letzte Frage beantworten. Ich denke, die Antwort auf diese Frage lautet: alle der vorgenannten Themen. Wenn man die Themen betrachtet, die den europäischen Wählern am meisten am Herzen liegen, dann stehen die von Ihnen genannten in fast allen europäischen Ländern an erster Stelle, d. h. Einwanderung und wirtschaftliche Sorgen, Arbeitsplätze, wirtschaftliche Unsicherheit, Sozialstaat und dergleichen mehr. Die Menschen sind also sowohl über wirtschaftliche als auch über einwanderungsbezogene Fragen besorgt. Hinzu kommt der andere Faktor, den Sie erwähnt haben, nämlich der Unmut oder die Enttäuschung über die Fähigkeit der so genannten traditionellen oder etablierten

Politiker und Parteien, mit diesen Themen umzugehen. Es ist also eine Sache zu sagen, die Wähler haben eine Reihe von Sorgen und Forderungen, und dann ist es eine andere Sache zu sagen, diese Sorgen und Forderungen führen zur Wahl von, sagen wir mal, Rechtspopulisten im Gegensatz zu traditionellen Sozialdemokraten oder Christdemokraten. Sie wählen eindeutig Populisten, weil sie der Meinung sind, dass die Parteien des Establishments ihre Aufgabe nicht erfüllt haben. Das heißt, dass sie sich nicht mit den wirtschaftlichen und einwanderungsbedingten Herausforderungen befasst haben, vor denen ihre Länder ihrer Meinung nach stehen.

GG: Ich möchte mich nur ein wenig auf diesen Punkt konzentrieren, auf die Rolle, die die Einwanderung spielt, denn ich glaube, dass amerikanische Analysten oft davon ausgehen, dass der Grund für das Anwachsen des Rechtspopulismus die Besorgnis über und sogar der Hass auf die zunehmende Einwanderung ist, die man in Europa erlebt hat, und dass diese Besorgnis oder Wut auf die Einwanderung wiederum durch Rassismus, weißen Nationalismus und dergleichen genährt wird. Es ist interessant, denn noch vor 15 Jahren war die Standardposition der Linken in den USA und dann in ganz Europa, dass man ein wenig oder sogar sehr gegen die Einwanderung war, mit der Begründung, dass sie die Löhne der amerikanischen Arbeiter senken würde und dergleichen. Und erst in jüngster Zeit wurde diese Angst vor Einwanderung in eine Art Rassismusgefängnis verwandelt. Aber zu einem der Aspekte, die Sie in diesem Artikel ansprechen, möchte ich Sie befragen: „Es gibt keine länderübergreifende Korrelation zwischen dem Grad an Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit und dem Erfolg des Populismus in einem bestimmten Land. In einigen Ländern mit niedrigem Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsniveau, wie z. B. Schweden, gibt es große populistische Parteien, in Ländern mit höherem Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsniveau, wie z. B. Irland und Portugal, hingegen nicht. Und ganz allgemein haben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den letzten Jahrzehnten in fast allen westlichen Gesellschaften abgenommen, während die Unterstützung für den Rechtspopulismus zugenommen hat“. Ist also Ihrer Meinung nach – und es scheint so zu sein, aber vielleicht können Sie das näher erläutern – die Ansicht in den Vereinigten Staaten, dass die Stimmung gegen Einwanderung in erster Linie durch Rassismus angetrieben wird, Ihrer Meinung nach übertrieben?

SB: Das soll nicht heißen, dass es keinen Rassismus und keine Fremdenfeindlichkeit gibt und dass dies nicht einige Wähler in Europa und sicherlich auch in den Vereinigten Staaten antreibt. Aber an dieser Stelle stehen zu bleiben, verkennt, wie Sie erwähnten, sowohl die länderübergreifenden Unterschiede als auch die Unterstützung. Es gibt Länder, in denen, egal wie viele Umfragen man macht, die Werte für diese Stimmungen recht niedrig ausfallen und die dennoch eine sehr große Unterstützung für rechtspopulistische Parteien haben. Und auch die zeitliche Dynamik, derer sich viele Menschen nicht ganz bewusst zu sein scheinen, besagt, dass diese Art von Gefühlen fast überall im Westen zurückgegangen ist. Natürlich nicht so stark, wie sie es sollten, aber sie sind gleichzeitig mit der Unterstützung für diese Parteien zurückgegangen. Ihre Erklärung an dieser Stelle zu stoppen, ist also zu einfach und zudem empirisch ungenau. Was wir also tun müssen, ist, ein differenzierteres Verständnis der tatsächlichen Sorgen der Wähler zu entwickeln. Und wenn man sich die Sorgen über die

Einwanderung genauer ansieht, konzentrieren sie sich auf zwei Dinge, die Sie bereits erwähnt haben. Zum einen geht es um direkte wirtschaftliche Bedenken, weshalb die Linke, wie Sie sagten, bis vor einer Generation wirklich sehr zögerlich gegenüber der Einwanderung war. Arbeitsplätze sind rar. Die wirtschaftliche Unsicherheit hat zugenommen, der Zugang zu staatlichen Mitteln ist schwieriger geworden. Und in einer solchen Situation ist es sehr einfach, die Menschen zu veranlassen, die Neuankömmlinge im Land zu erkennen und zu sehen, dass sie Ressourcen und die Arbeitswelt in Anspruch nehmen, indem sie Gemeinschaftseinrichtungen nutzen, um die sie sich sehr sorgen. Es gibt also eine Menge Untersuchungen, die zeigen, dass es in solchen schwierigen wirtschaftlichen Situationen, in denen die Menschen das Gefühl haben, in einer Art Nullsummenwettbewerb zu stehen, viel schwieriger ist, Akzeptanz für die Einwanderung zu finden. Es gibt auch noch einige andere Bedenken, die ich zwar nicht als Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit bezeichnen würde, die aber sehr wohl mit dem Grad des sozialen Wandels zu tun haben. Diese Bedenken würde ich eher unter dem Begriff der Assimilation oder Integration zusammenfassen. Es fällt den Menschen viel leichter, Neuankömmlinge zu akzeptieren, wenn sie das Gefühl haben, dass diese Neuankömmlinge bereit sind, nationale Traditionen zu respektieren und sich an die Spielregeln zu halten – die Rechtsstaatlichkeit zu akzeptieren und dergleichen mehr. Meiner Meinung nach sollten diese Themen nicht mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in einen Topf geworfen werden, zum einen, weil sie das nicht sind, und zum anderen, weil das Verständnis dieser Unterschiede andere Möglichkeiten des Umgangs mit ihnen aufzeigt.

GG: Absolut. Einer der Punkte, die Sie sowohl in diesem Artikel als auch in anderen Schriften und Veröffentlichungen von Ihnen angesprochen haben, hat mich tatsächlich ein wenig überrascht, und zwar aufgrund der Presseberichterstattung in den USA: Abgesehen von der AfD in Deutschland, die nur eine eigene, sehr extremistische Manifestation ist, haben sich diese einst als rechtsextrem, ja sogar protofaschistisch geltenden Parteien in Europa im Großen und Ganzen gemildert und sich sogar in den allgemeinen Trend integriert. Ich erinnere mich an die Wahl von Giorgia Meloni, die in den Vereinigten Staaten überall für Schlagzeilen sorgte: Sie ist der neue Mussolini, sie ist eine Faschistin, die italienische Demokratie ist am Ende, und dann hat sie in kürzester Zeit angekündigt, den Krieg in der Ukraine zu unterstützen, viele EU-Politiken zu übernehmen, deutlich zu machen, dass sie nicht die Absicht hat, revolutionär zu sein, zumindest international, und das hört man heute nicht mehr. Und inwiefern haben sich diese rechten Parteien im Allgemeinen, abgesehen von der in Deutschland, abgeschwächt?

SB: Viele von ihnen, aber nicht alle, und die AfD ist das entscheidende Beispiel, haben sich gemildert. Meloni ist ein gutes Beispiel. Wie Sie bereits sagten, gab es, als sie gewählt wurde, auf beiden Seiten des Atlantiks Schlagzeilen über einen neuen Faschismus in Italien. Dieser Begriff wird immer noch verwendet, Faschismus im Zusammenhang mit Marine Le Pen und der Nationalversammlung. Ich halte das für unzutreffend und auch für gefährlich. Gefährlich, denn wenn man jemanden als Faschisten bezeichnet, gibt es keine wirkliche Möglichkeit für eine Zusammenarbeit mehr, und die entsprechenden Anhänger sind nicht mehr akzeptabel. Das heißt, Menschen, die es nicht wert sind, die Hand auszustrecken. Meloni ist ein gutes Beispiel. Marine Le Pens Partei, jeder, der alt genug ist, um sich an Marine Le Pens Vater zu

erinnern, weiß, dass es eine sehr deutliche Verschiebung zwischen ihr und ihrem Vater gegeben hat. Das heißt nicht, dass man sich keine Sorgen machen sollte. Es bedeutet aber, dass man diese Veränderung erkennen sollte. Und wenn man ein „kleines d-Demokrat“ ist (eine Person, die demokratische Ansichten vertritt; nicht unbedingt jemand, der Mitglied der Demokratischen Partei eines Landes ist), sollte man dies begrüßen und fördern. Man kann immer noch mit der Politik, für die sie steht, nicht einverstanden sein. Die Frage ist, ob sie immer noch eine rassistische, verfassungswidrige Politik vertritt. Wenn sie das nicht tut, dann ist sie Teil eines legitimen demokratischen Wettbewerbsumfeldes. Es gibt einen großen Unterschied zwischen, wie ich schon sagte, Marine Le Pen und der Partei ihres Vaters, der Front National. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Meloni und einigen der neofaschistischen Bewegungen, aus denen ihre Partei hervorgegangen ist. Es gibt einen großen Unterschied zwischen den Schwedendemokraten heute und den neofaschistischen Bewegungen, aus denen sie hervorgegangen sind. Auch hier sage ich nicht, dass man nicht wachsam sein sollte, aber man sollte auch den Unterschied erkennen. Sie alle unter das Etikett „faschistisch“ oder sogar „rechtsextrem“ zu packen, vernebelt meiner Meinung nach an dieser Stelle mehr, als dass es Klarheit schafft.

GG: Ja, es ist sehr interessant, wie aggressiv und explizit sich Marine Le Pen nicht nur von ihrem Vater, sondern auch von seiner Ideologie distanziert hat. Sie hat einige der alten Mitglieder ausgeschlossen und wirklich hart daran gearbeitet, diese neue Identität zu schaffen. Der Abschnitt aus Ihrem Artikel, auf den ich mich bezogen habe, spricht von den Ergebnissen, die zu dieser EU-Wahl geführt haben und die gewissermaßen Vorboten der Ergebnisse waren, die wir gesehen haben, sowie wahrscheinlich weiterer zukünftiger. Wenn ich allerdings an die Feindseligkeit gegenüber Brüssel und den EU-Institutionen denke und an die allgemeine Wut auf sie, dann denke ich natürlich zuerst an das Votum von 2016 im Vereinigten Königreich, wo die Briten dem Brexit zugestimmt haben, dem Austritt aus der EU, wobei sie die Kontrolle durch Brüssel nicht einmal einschränken wollten. Ich weiß, dass sich die britische Politik in gewisser Weise von der europäischen Politik unterscheidet, wegen der Geographie, der Geschichte und so weiter. Aber sehen Sie den Brexit als eine ähnliche Dynamik wie den Anstieg des Populismus, über den wir jetzt diskutieren?

SB: Zunächst ist es, wie Sie sagten, wichtig zu wissen, dass die Briten schon immer ein wenig verschieden gewesen sind. Sie sind der EU erst sehr spät und etwas widerwillig beigetreten, und so ist es vielleicht nicht so überraschend, dass sie von den großen Ländern als Letzte beigetreten und als Erste ausgetreten sind. Ich persönlich halte das für einen Fehler der Briten. Aber ich bin kein Brite, also ist meine Meinung völlig irrelevant. Es war keine antidemokratische Entscheidung. Es mag eine sein, die einige Leute für unklug halten, aber sie ist nicht antidemokratisch. Ich möchte anmerken, dass Parteien wie die Rallye Nationale in Frankreich, vor allem die Partei von Le Pen, und die rechtsextremen Parteien in Italien, darunter auch Meloni, anfangs recht EU-skeptisch waren. Auch sie haben sich in dieser Hinsicht abgeschwächt, weil es ihren Interessen dient. Sie haben erkannt, dass ihre Bürger, so sehr sie sich auch – oft zu Recht – über die EU beschwerten oder über das fortgesetzte Demokratiedefizit, wie es manche in Europa nennen, dass die Menschen mehr davon profitieren als sie nicht profitieren und dass die Forderungen nach einem Austritt aus der EU,

auch wenn die Kritik recht scharf sein mag, wirklich recht gering sind. Sie spiegeln also die manchmal ambivalente Haltung ihrer Bevölkerung gegenüber der EU wider, aber sie fordern nicht mehr den Austritt aus der EU. Und das entspricht, denke ich, dem, was ihre Bevölkerungen in Umfragen über viele Jahre hinweg zu zeigen scheinen.

GG: Ich möchte Sie etwas zu den Unterschieden zwischen den rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa fragen, falls es überhaupt solche gibt, abgesehen von der AfD. Wie Sie vielleicht wissen, lebe ich in Brasilien. Ich habe lange Zeit in Brasilien gelebt. Mein Mann war Mitglied des brasilianischen Kongresses. Ich habe mich sehr für die brasilianische Politik interessiert, und ich erinnere mich, als Jair Bolsonaro zum ersten Mal für das Amt des Präsidenten kandidierte und es dann so aussah, als würde er gewinnen, er in der amerikanischen Presse als der Trump der Tropen bezeichnet wurde. Und obwohl ich verstand, warum, brauchten sie eine Art Kurzschrift, um den Amerikanern zu vermitteln, wer diese Person war, wobei es einige offensichtliche stilistische Ähnlichkeiten gab, Bolsonaro kopierte Trump eindeutig strategisch und rhetorisch auf merkwürdige Weise, das machte mich verrückt, denn in Wirklichkeit ist ihre Ideologie in vielerlei Hinsicht so radikal verschieden. Bolsonaro ist eine Art Rückbesinnung auf den Kalten Krieg, richtig? Er ist vom Kommunismus besessen und sehr, sehr auf den Sozialkonservatismus fokussiert, was bei Trump nicht der Fall ist. Und diese Unterschiede gehen verloren, weil es schwierig ist, die Nuancen zu vermitteln. Gibt es in der EU, abgesehen von Deutschland, eine Art gemeinsames ideologisches Bindegewebe, das diese Parteien in einer Weise verbindet, die die lokalen Aspekte fast trivial macht?

SB: Die Parteien unterscheiden sich von Land zu Land ziemlich stark, wie Sie sich vorstellen können. Wie Sie bereits sagten, war es falsch, Bolsonaro mit Trump in einen Topf zu werfen, und es ist falsch, Geert Wilders mit Marine Le Pen in eine Schublade zu stecken. Aber natürlich gibt es einige Ähnlichkeiten. Ich würde sagen, ein Punkt, der die meisten, nicht alle, aber die meisten dieser rechtspopulistischen Parteien von ihren Gegenstücken in den USA unterscheidet, wenn man Trump und die Republikaner dazurechnen will, ist, dass diese Parteien, die meisten von ihnen, in wirtschaftlichen Fragen vor ein oder zwei Generationen nach links geschwenkt sind. Die Partei von Marine Le Pen ist also in wirtschaftlichen Fragen keine rechtsextreme Partei. Ihr Vater war es. Er war ein Thatcherianer oder Reaganianer, aber sie steht in der Mitte oder in der linken Mitte, ebenso wie ihre Partei in Wirtschaftsfragen. Sie verkauft die Partei als die Verfechterin der Zurückgelassenen. Ob Sie der Meinung sind, dass das stimmt oder nicht, ist irrelevant. So stellt sie sich selbst dar. Und das ist auch die Position ihrer Wirtschaftspolitik. Dänemark und Schweden kritisieren die Sozialdemokraten dafür, dass sie ihre Verteidigung des Wohlfahrtsstaates aufgegeben haben. Diese Parteien sind in Wirtschaftsfragen wirklich ganz anders als ihre amerikanischen Pendanten. Sie weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Ich würde sagen, ihr Thema, das Thema, mit dem sie am meisten in Verbindung gebracht werden, ist die Einwanderung und ihr Widerstand dagegen. Die Art und Weise, wie diese Opposition formuliert wird, hat sich im Laufe der Jahre geändert, weg von der direkten rassistischen oder fremdenfeindlichen Opposition gegen die Einwanderung, hin zu der Behauptung, dass ihre Opposition gegen die Einwanderung auf einer angeblichen mangelnden Bereitschaft der Einwanderer zur Assimilation beruht, Konflikte um

wirtschaftliche Ressourcen. Ob das nun stimmt oder nicht, so wird es jedenfalls behauptet. Und das ist eindeutig ein Bindeglied zwischen fast allen diesen Parteien. Wiederum mit dem Vorbehalt, dass es einige gibt, wie die AfD und sicherlich die osteuropäischen Gegenstücke, die ich in eine separate Kategorie einordnen würde, die in diesen Fragen [unhörbar] sind, als der allgemeine Trend, wenn man es so nennen kann, rechtspopulistische Parteien in Westeuropa sind.

GG: Einer der, wie ich finde, wirklich faszinierenden Aspekte dieser Wahlergebnisse, insbesondere in den beiden größten und wichtigsten Ländern, Frankreich und Deutschland, ist die Art und Weise, wie segregiert und getrennt die verschiedenen politischen Gruppen sind, nicht unähnlich, denke ich, den Vereinigten Staaten, wo die große Mitte des Landes im Süden extrem rote Staaten sind und dann die Küstenstaaten blaue Staaten sind. Wenn man sich die deutsche Wahlkarte anschaut – ich glaube, wir haben sie auf dem Bildschirm –, dann sieht man, dass die AfD vor allem im ehemaligen Ostdeutschland großen Zuspruch gefunden hat. Ich glaube sogar, dass sie mit großem Abstand die beliebteste Partei war, betrachtet man nur Ostdeutschland, und dass sie in Westdeutschland, insbesondere in den westlichen Städten, viel weniger Unterstützung hatte. Wie erklärt sich die außerordentliche Popularität der AfD im Vergleich zu den anderen Parteien in Ostdeutschland?

SB: Das ist korrekt. Die AfD ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich, und im deutschen Kontext ist sie das, weil sie immer noch eine sehr starke östliche Basis hat. Ihre Unterstützung hat sich auf die westlichen Teile Deutschlands ausgeweitet, aber sie bleibt eine Partei, die im Osten unverhältnismäßig erfolgreich ist. Tatsächlich ist sie in vielen dieser östlichen Bundesländer die beliebteste Partei. Und das liegt daran, dass die Menschen in diesen Bundesländern eine ganz andere Geschichte haben als die Menschen im Westen. Sie haben die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands, die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit, die demokratischen Normen, die sich in dieser Zeit entwickelt haben, nicht durchlebt. Und sie haben immer noch das Gefühl, dass sie in den letzten ein oder zwei Jahrzehnten sozusagen zurückgelassen wurden. Es handelt sich um Regionen, die unter einer starken Abwanderung gelitten haben. Es sind Regionen, die immer noch in gewissem Maße ärmer sind als der Westen. Hier finden also Stimmen, die sich gegen das Establishment wenden, viel mehr Gehör als im Westen. Diese Karte ist wirklich sehr aufschlussreich. Man beachte, dass in Westdeutschland die beliebteste Partei, die Mehrheit, nicht die Mehrheitspartei, die sehr traditionelle Mitte-Rechts-Partei CDU, CSU ist.

GG: Das war zum Beispiel die Partei von Angela Merkel. Nur um das ein bisschen mit den Vereinigten Staaten zu verbinden und ich weiß, dass das eine zu starke Vereinfachung ist, aber ich halte es für durchaus zutreffend, dass an diesen Orten, die weit von der Hauptstadt der Nation und weit von den konzentrierten Machtzentren wie Wall Street und Silicon Valley und dergleichen entfernt sind, dass die Anti-Establishment-Stimmung von der Vorstellung herrührt, dass die Machthaber im Grunde die Überzeugungen und Werte, aber auch die materiellen Interessen all der Menschen in der Mitte des Landes verachten, die diese Anti-Establishment-Stimmung haben. Trifft das auch auf die EU im Allgemeinen und auf Ostdeutschland im Besonderen zu?

SB: Oh, absolut. Diese Art von Ressentiments gegenüber hochgebildeten, kosmopolitischen Eliten ist ein zentraler Bestandteil der Anziehungskraft dieser Parteien. Im deutschen Fall zum Beispiel, nehmen wir mal wieder die AfD, auch wenn sie einige außergewöhnliche Eigenschaften hat. Das vorrangige Ziel der AfD sind immer die Grünen, nicht so sehr die Sozialdemokraten, die traditionelle, wenn auch inzwischen stark geschrumpfte Partei der Arbeiterklasse, sondern die Grünen. Warum? Weil die Grünen die Partei der hochgebildeten, kosmopolitischen städtischen Eliten ausmachen. Daher bemühen sie sich sehr, die Grünen und ihre Partei und ihre Politik kontinuierlich anzugreifen. Sie behaupten, dass sie realitätsfern sind. Sie kümmern sich nicht um die, in Führungszeichen, durchschnittlichen Menschen. Wenn man sich also die Vereinigten Staaten mit einem Verhältniswahlrecht im Gegensatz zu einem Mehrheitswahlrecht, wie wir es haben, vorstellt, dann wären die Grünen die Partei der gebildeten Eliten, die in [unhörbar], in Universitätsstädten und so weiter leben. Sie sehen also, wie sich das in Europa auswirkt. Allerdings haben sich diese Leute jetzt in verschiedene Parteien aufgeteilt, anstatt sich wie in den Vereinigten Staaten in den großen Parteien zusammenzuschließen.

GG: Lassen Sie mich eine ähnliche Frage zu Frankreich stellen, wo es mir zumindest so erscheint, ich kenne mich da nicht so gut aus wie Sie, um es vorsichtig auszudrücken, aber es gibt eine ähnliche Dynamik, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Die gängige Meinung in den Vereinigten Staaten ist, dass die Demokratische Partei immer mehr zur Partei der wohlhabenden Vorstädter und der wohlhabenden Machtzentren wird, natürlich mit vielen Ausnahmen, während die Republikaner wirklich versuchen, die Partei der multirassischen Arbeiterklasse zu werden, nicht nur der weißen Arbeiterklasse, sondern der multirassischen Arbeiterklasse. Dennoch kann man nicht wirklich sagen, dass ärmere Menschen im Allgemeinen die Demokratische Partei verlassen haben, denn es gibt eine Menge sehr armer Menschen, die aus allen möglichen nicht-ökonomischen Gründen, einschließlich der ethnischen Herkunft, traditionell die Demokraten wählen. Es gab diese interessante Passage aus einem Artikel in The Guardian, und zwar im September 2023, offensichtlich im Vorfeld der gestrigen Wahl, von Julia Cagé und Thomas Piketty, in dem sie versuchten, die französische Politik aus der Perspektive derjenigen zu erklären, wer gegen das Establishment und für Marine Le Pen ist und wer Macron noch unterstützt. Und sie stellten das Folgende fest, Zitat: „Die politische Landschaft Frankreichs lässt sich wie folgt beschreiben: Wähler mit niedrigem Einkommen in den Städten, bei denen es sich hauptsächlich um Angestellte der Dienstleistungsbranche und Mieter handelt, wählen überwiegend die Linke, während Wähler aus der Arbeiterklasse außerhalb der großen Städte, bei denen es sich hauptsächlich um Arbeiter und Hausbesitzer handelt, eher Parteien der extremen Rechten wählen“. Falls das stimmt, falls Sie dem zustimmen, wie kommt es dann, dass sich so viele Wähler aus der Arbeiterklasse, die zumindest in den Vereinigten Staaten die Demokratische Partei stets zu vertreten vorgibt – die britische Partei heißt offensichtlich Labour Party – wie kommt es dann, dass so viele dieser Wähler aus der Arbeiterklasse sich jetzt der extremen Rechten zuwenden, weil sie glauben, dass diese ihre Interessen vertritt?

SB: Wie Sie festgestellt haben, gibt es in den USA eine ganz ähnliche Dynamik, oder? Die weiße Arbeiterklasse, wenn wir uns nur auf die Stimmen der weißen Arbeiterklasse in den

USA beschränken, ist ebenfalls [unhörbar]. Und so erhalten die Republikaner unverhältnismäßig viele Stimmen aus der Arbeiterklasse von Leuten, die in nicht-städtischen Gebieten leben, und von evangelischen Wählern, richtig? Wenn man sich weiße säkulare Wähler aus der Arbeiterklasse anschaut, die in New York oder Los Angeles leben, dann neigen diese Leute immer noch ziemlich stark zur Wahl der Demokratischen Partei. Aber dann stellt sich die Frage: Warum? Warum neigen Wähler mit niedrigem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau und andere dazu, diese rechtspopulistischen Parteien zu wählen? Wir könnten auf die Fragen zurückkommen, die Sie eingangs angesprochen haben. Sie betreffen im Allgemeinen Menschen, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Missstände haben. Ich würde sagen, wenn man sich die Wähler aus der Arbeiterklasse ansieht, muss man auch das sich verändernde Profil der Linken berücksichtigen, oder? Vor einer Generation hätten diese Menschen in Europa, wie Piketty und seine Kollegen sagen, überproportional für die sozialistischen Parteien, die Labour Party oder die sozialdemokratischen Parteien gestimmt. Diese Parteien haben jetzt diese Wähler keineswegs mehr. Sie haben sie im Laufe der Zeit wirklich verloren. Und dann plötzlich in den 1990er Jahren, als sie ihr traditionelles wirtschaftliches Profil aufgaben und sich kopfüber auf eine Art weichere, sanftere Version des Neoliberalismus stürzten, genau, auf das, was in Europa als Politik des Dritten Weges oder in den Vereinigten Staaten als progressiver Neoliberalismus bezeichnet wurde, sieht man, dass die Wähler der Arbeiterklasse diese linken Parteien nicht mehr als ihre Vertreter, als ihre Verfechter, sozusagen als ihre natürliche politische Heimat ansehen. Diese Parteien sind also nicht mehr in der Lage, insbesondere Wähler aus der Arbeiterklasse zu gewinnen, wie es in den Nachkriegsjahrzehnten der Fall gewesen wäre. Diese Wähler waren besonders umkämpft. Und jetzt sind in Westeuropa, mehr noch als in den Vereinigten Staaten, viele dieser rechtspopulistischen Parteien die größten Arbeiterparteien in ihren Ländern. Das heißt, die Parteien, die eine Vielzahl, manchmal sogar mehr Stimmen aus der Arbeiterklasse erhalten.

GG: Faszinierend. Das Gleiche gilt für Brasilien, wo es all diese linken Parteien und Politiker gibt, die unaufhörlich davon sprechen, dass sie die armen Leute und die Arbeiterklasse vertreten, und doch kommen all ihre Stimmen und Spenden von hochgebildeten, hauptsächlich weißen Sektoren in der Stadt und auf dem Land. Es gibt diese große Kluft zwischen der Linken auf der einen Seite und den Menschen, die sie zu vertreten vorgibt, auf der anderen Seite in der gesamten demokratischen Welt. Ich möchte Sie dazu befragen, denn wir haben viel Zeit damit verbracht, und das tun wir normalerweise auch in anderen Zusammenhängen, darüber zu sprechen, wie der Hass auf oder die Unzufriedenheit mit den etablierten Machtzentren zu Rechtspopulismus führt. Und natürlich stellt sich die Frage, warum das nicht auch zu Linkspopulismus führen kann? Oder zumindest, warum ist das nicht der Fall? Eine davon ist die langjährige deutsche Linke Sahra Wagenknecht, die wir schon mehrmals in unserer Sendung interviewt haben, und die im Grunde genommen mit der Linken, der sie immer angehörte, in den Krieg gezogen ist. Man könnte sie sogar als die Anführerin der Linken in Deutschland bezeichnen, wenn man wollte. Sie hat sich von der Linken über Dinge wie der Obsession für sehr akademische und obskure kulturelle Themen abgespalten, welche die normalen Menschen entfremden, und zwar nicht, weil sie diesen Themen gegenüber feindlich eingestellt sind, sondern weil sie sie für ihr Leben nicht relevant

finden. Sie ist auf jeden Fall stärker gegen die Immigration aufgetreten. Sie spricht sich gegen den Krieg in der Ukraine und gegen die NATO und die Politik der Institutionen aus. Und sie hat eine neue Partei gegründet, die gerade fast 6 % erreicht und sechs Sitze in der EU gewonnen hat, ein ziemlich gutes Ergebnis. Aber auch in der Slowakei gibt es einen Premierminister, der gerade fast ermordet wurde, Robert Fico, der lange Zeit ein sehr linksliberaler etablierter Politiker war, der einen ähnlichen Weg gegen die Einwanderung und den Krieg in der Ukraine eingeschlagen hat, und auch Jean-Luc Melenchon in Frankreich kann man in diese Gruppe einordnen, allerdings mit einigen Unterschieden. Gibt es einen wirklich praktikablen Weg für die Linke, aus dem Populismus und der Anti-Establishment-Stimmung mit dieser Art von Politik Kapital zu profitieren?

SB: Ich würde sagen, dass der Linkspopulismus in Lateinamerika historisch gesehen der Standard oder sozusagen die populärere Form des Populismus ist, vor allem da Sie in Brasilien leben. Die Tatsache, dass wir über Rechtspopulismus sprechen, weil wir uns auf die Nachwirkungen der Europawahlen konzentrieren, macht also durchaus Sinn, denn das ist die vorherrschende Form des Populismus in Europa und im Westen heute. Aber es ist nicht die einzige Form des Populismus, obwohl dieser Begriff wirklich sehr weit gefasst ist. Man sollte also vorsichtig sein, was man damit ausdrücken will. Aber wenn man allgemein von Linkspopulismus spricht, gibt es viele Teile der Welt, in denen dies die vorherrschende Form des Populismus ist. Und historisch gesehen war das in Lateinamerika tatsächlich der Fall. Kürzlich fand in Mexiko eine Wahl statt, bei der eine Partei gewann, die von vielen als linkspopulistisch angesehen wird, d.h. ihr Präsidentschaftskandidat. Und um auf die Frage nach dem Warum zurückzukommen, ich meine, es gibt viele Gründe dafür. Figuren wie Wagenknecht und Melenchon sind aus einer Vielzahl von Gründen für die Wähler problematisch, die Sie vielleicht weiter diskutieren möchten, aber ich würde sagen, dass vieles davon...

GG: Entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber ich würde gerne mehr dazu hören.

SB: Wenn man sich Wagenknecht anschaut, dann ist sie für viele Teile der Linken schon seit einer Generation eine [unhörbar]. Und ich denke, es gibt eine Menge Misstrauen gegenüber ihr und ihren Motiven, sowohl in den etablierten Parteien als auch bei ihren ehemaligen Kollegen in der Linken. Das besondere Paket, das sie zu schnüren versucht, ist nicht nur weit links in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch wirklich sehr konservativ in einer Vielzahl von sozialen und kulturellen Fragen. Wenn man sich zum Beispiel die Stimmen für die EU-Wahl ansieht, die jetzt ausgezählt wurden, kann man sich die Ergebnisse ansehen, und sie versuchte wirklich und hat auch eine beträchtliche Anzahl von Stimmen von der AfD abgezogen. Das mag gut sein, denn sie ist sicherlich eher eine kleine-d-Demokratin als die AfD, aber es gibt Ihnen ein Gefühl dafür, welches Profil sie den Wählern gibt und warum das eine begrenzte Reichweite haben könnte. Meiner Meinung nach gibt es eine sehr starke Mehrheit, vielleicht sogar eine Mehrheit für die Begrenzung der Einwanderung in Deutschland, insbesondere der illegalen Einwanderung. [unhörbar].

GG: Das ist alles sehr aufschlussreich. Ich habe nur noch ein paar Fragen, und ich danke Ihnen für Ihre Zeit. Ich habe eigentlich noch eine ganze Menge mehr, aber ich werde nur

noch ein paar Fragen stellen. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU, strebt eine neue Amtszeit an, eine Wiederwahl für fünf Jahre. Und es ist interessant, dass wir so viel Zeit damit verbringen, über diese wachsende Anti-Establishment-Stimmung zu sprechen, während sie für mich in vielerlei Hinsicht so etwas wie die lebende, atmende Verkörperung der Establishment-Politik ist, nicht nur in ihren ideologischen Überzeugungen, sondern einfach in ihrem Werdegang und ihrem Verhalten, all das. In einem Labor könnte man keinen etablierten Politiker als sie erfinden. Auch wenn diese Status-quo-Mainstream-Parteien eine Mehrheit haben, viel größer als die Anzahl der Stimmen, die sie braucht, glauben Sie, dass ihre Wiederwahl so gut wie sicher ist, oder gibt es eine vernünftige Aussicht, dass sie nicht in der Lage sein wird, diese Stimmen zu erhalten?

SB: Wie Sie erwähnten, ist die Koalition, die sie in der Vergangenheit unterstützt hat, etwas geschrumpft, hat aber immer noch die Stimmen im Parlament, um sie zu wählen. Aber diese Koalitionen sind nicht völlig stabil, richtig? Vor der Wahl hat sie sich also bereits mit Meloni angefreundet, die eine ziemlich starke Befürworterin der EU ist und die Bemühungen der EU in der Ukraine und anderswo recht stark unterstützt. Sie hat also verstanden, dass es, wie in den nationalen Parlamenten, mit der Zersplitterung des Parteienspektrums nicht mehr ausreicht, die Unterstützung der etablierten Parteien hinter sich zu bringen, richtig? Man möchte also sozusagen eine Art Versicherungspolice haben. Wenn sie sich also möglicherweise auf die Unterstützung einiger dieser rechtsextremen Parteien verlassen könnte, die als gemäßigt gelten, hätte sie eine alternative Möglichkeit, politische Maßnahmen zu verabschieden, für die sie sonst vielleicht keine Unterstützung bekäme. So hat zum Beispiel die grüne Sektion des EU-Parlaments erklärt, dass sie unter keinen Umständen mit rechtsextremen Parteien zusammenarbeiten wird. Wenn sie also versucht, etwas zu verabschieden, wofür sie zum Beispiel keine Unterstützung von den Grünen bekommt, hat sie vielleicht keine andere Wahl, als sich an Parteien aus dieser, wie auch immer man es nennen will, rechtsextremen Gruppierung zu wenden, vor allem, wenn es in Zukunft um den umstrittenen Green New Deal geht, denn die grünen Parteien haben bei dieser Wahl wirklich einen erheblichen Verlust erlitten. Und diese Umweltpolitik war Gegenstand einiger sehr ernsthafter Proteste auf nationaler Ebene, Proteste von Landwirten und Ähnlichem. Es wird daher eine große Herausforderung für sie sein, herauszufinden, wie sie damit umgehen soll.

GG: Sie haben die Ukraine erwähnt. Ich möchte Sie dazu befragen, weil zum Beispiel die deutschen Grünen zu den lautstärksten Befürwortern der NATO und der Finanzierung und Verlängerung dieses Krieges durch die USA gehören. Und das gilt auch für von der Leyen. Sie ist in dieser Hinsicht standhaft geblieben. Aber es scheint, dass fast alle diese rechten Parteien eine wachsende Opposition gegen die Beteiligung am Krieg in der Ukraine haben, aus welchen Motiven auch immer. Ich habe Robert Fico in der Slowakei erwähnt, der wirklich auf einer Plattform für die Beendigung der Unterstützung für die Ukraine kandidierte, obwohl die Slowakei mit ihrer Nähe zu Russland sehr pro Ukraine eingestellt war. Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach der Krieg und der Widerstand gegen eine weitere Beteiligung der NATO an diesem Krieg bei dieser Wahl gespielt?

SB: Wie Sie bereits erwähnt haben, gibt es einige Parteien wie Fico in der Slowakei, die sehr

vorsichtig sind und sich gegen eine weitere Unterstützung der Ukraine aussprechen. Offensichtlich ist Orban so etwas wie der Cheerleader dieser speziellen Fraktion. Diese besondere Haltung ist in Westeuropa weniger populär, wie bereits erwähnt wurde. Meloni ist sozusagen mit an Bord, wenn es um die Unterstützung für die Ukraine geht. Sogar Marine Le Pens Partei verhält sich in dieser Hinsicht jetzt relativ neutral, während sie zuvor beschuldigt worden war, eine Art heimlicher Putin-Anhänger zu sein, was nicht mit ihrem Wunsch nach einer gemäßigten Haltung der Partei vereinbar ist. Das ist also im Wesentlichen aus ihrem Programm verschwunden. Die Skandinavier sind ziemlich hysterisch, wenn es um Russland geht, da es direkt an ihrer Grenze liegt. Es gibt also durchaus Parteien, die das mit Vorsicht genießen. Die von Ihnen erwähnte Sahra Wagenknecht ist ein gutes Beispiel dafür, oder? Sie war, zusammen mit der AfD, die prominenteste Stimme für die Rücknahme der Unterstützung für die Ukraine und versuchte, auf einen Waffenstillstand zu drängen. Und ich würde sagen, dass das im deutschen Kontext zusammen mit den Kommentaren, die ich vorhin in einem sehr spezifischen Teil der deutschen Wählerschaft erwähnt habe, ihre Fähigkeit einschränken könnte, mehr Stimmen von der, sagen wir mal, etablierten Linken zu gewinnen.

GG: Meine letzte Frage, nur kurz: Präsident Macron hat als Reaktion auf diese Wahl die Legislative, das Parlament, aufgelöst und Neuwahlen gefordert. Es scheint irgendwie kontraintuitiv, direkt nach einer Wahl, bei der die eigene Partei vernichtet wurde, eine weitere Wahl abzuhalten. Ich bin mir sicher, dass er sich dieser Frage sehr wohl bewusst ist und gute Gründe dafür hat. Welche Motive sind das? Was hofft er mit diesen Wahlen zu erreichen?

SB: Ich bin Professorin für Politikwissenschaft. Ich habe keine Kristallkugel, also weiß ich nicht, was in seinem Kopf vor sich ging. Ich sage nur, dass das ein ziemlich riskanter Schritt ist. Er hätte das nicht tun müssen. Warum er das getan hat, kann ich nicht wissen, also werde ich versuchen, so gut wie möglich Vermutungen anzustellen. Er ist risikofreudig und glaubt fest an seine Fähigkeit, die Wähler davon zu überzeugen, dass er die beste Wahl ist und dass die National Rally eine schlechte Wahl darstellt. Ich glaube, er hofft, wie in der Vergangenheit, wenn auch mit abnehmender Effektivität, wieder alle pro-republikanischen Kräfte hinter sich versammeln zu können, wenn es um die Frage geht, ob die National Rally einen dominierenden Platz im Parlament einnehmen und damit den Premierminister stellen kann. Er ist wohl der Meinung, dass er die Menschen immer noch davon überzeugen kann, dass dies eine schlechte Idee wäre. Aber wie das Zitat, das Sie, glaube ich, vorhin in der Sendung gebracht haben, besagt: Sollte er diese Wette verlieren, verliert er selbst nicht das Präsidentenamt. Er ist ein Präsident, der unabhängig gewählt wurde. Er wird mit dem Premierminister der National Rally, höchstwahrscheinlich Jordan Bardella, zusammenarbeiten müssen, und das wäre nicht das erste Mal, dass das passiert. Er zahlt gewissermaßen den Preis dafür, dass er eine Partei hat, die nur dem Namen nach eine Partei ist. Sie ist in Wirklichkeit ein Vehikel für seine Person und hat weder eine Plattform noch ein Profil, das sich wesentlich von ihm unterscheidet. In dem Maße, in dem die Menschen die Nase voll von ihm haben, wird seine Partei diesen Preis zahlen müssen.

GG: Professor Berman, dies war äußerst aufschlussreich, so erfrischend, nachdem ich

tagelang der amerikanischen Meinungsmache ausgesetzt war, deren Wissen über diese Themen mehr als oberflächlich ist. Ich weiß es wirklich zu schätzen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns zu helfen, all dies zu verstehen. Ich danke Ihnen vielmals.

SB: Es war mir ein Vergnügen.

GG: Einen schönen Abend.

GG: Danke, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org